

ISLAMISMUS

Große Verantwortung für Eltern und Zivilgesellschaft: Muslimische Jugendliche fallen auf radikale Gruppen herein

Zaman, 03.12.2013, Titelseite

In Deutschland werden seit rund zehn Jahren zunehmend muslimische Jugendliche von terroristischen Gruppierungen für die eigenen Zwecke missbraucht. Zuletzt wurde bekannt, dass 200 Jugendliche nach Syrien und nach Afghanistan für den Landesinneren Krieg gesandt wurden. Es wird davon ausgegangen, dass vor allem im Einsatz im Bürgerkrieg in Syrien Jugendliche aus dieser Gruppe zu Tode kommen. Der Pressesprecher des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Markus Schäfert, geht davon aus, dass sich unter diesen Jugendlichen auch Türken befinden. Klar ist jedoch nicht, wie viele Türken dabei nach Deutschland aus diesem Grund ein- und ausreisen. Vor allem die Salafisten suchten den Kontakt zu den Jugendlichen über das Internet und während öffentlichen Veranstaltungen. Jugendliche, die sich zu wenig oder falsch in ihrer Religion auskennen oder neu zum Islam finden, sind das Ziel salafistischer Gruppierungen.

Schäfert weist vor allem auf die Bilder im Internet aus Syrien hin, die zur Rekrutierung von Jugendlichen eingesetzt werden. Sie gehen mit dem Ziel zu kämpfen nach Syrien und werden dort an den Waffen ausgebildet, so Schäfert. Der ... weist darauf hin, dass auch für Deutschland dadurch eine große Gefahr am Entstehen ist.

Ein Vater aus München erzählt hierzu, dass er seinen 22 Jahre alten Sohn mit Hilfe der türkischen Polizei an der syrisch-türkischen Grenze im letzten Moment erst wieder finden konnte. Der Sohn war bereits auf dem Weg nach Syrien. Er hatte sich in den letzten zwei, drei Jahren intensiver mit seinen aus dem Libanon stammenden Freunden getroffen. Dem Vater waren seit ca. 10 Monaten bereits ernsthafte Veränderungen im Kleidungsstil und in seinen Andachtsübungen seines Sohnes aufgefallen: „Als ich ihn darauf hinwies, dass sein Verhalten nicht mit unserem Glauben zu vereinbaren ist, stellte er sich gegen mich. Er

behauptete, dass einige Muslime keine wirklichen Muslime seien. Gleichzeitig wehrte er jede Kritik an seinen Freunden ab. Erst später erfuhr ich, dass mein Sohn Flüssigkeiten zu sich nahm, die er für Wasser hielt, über die vor dem Verzehr Gebete gesprochen worden sind.“

Der Vater weist auf die Bilder und Botschaften der radikalen Gruppierungen aus dem Internet hin, die insbesondere auf seinen Sohn einen starken Einfluss ausgeübt haben. Vor ca. drei Wochen verabschiedete sich sein Sohn mit den Worten, dass er nach Arbeit suchen würde als er aus dem Haus ging. Daraufhin wurde der Vater misstrauisch und begann nachzuforschen. Er erfuhr, dass sein Sohn mit einem aus dem Libanon stammenden Freund in die Türkei verreist war. Daraufhin benachrichtigte er die Polizei in der Türkei, die den Sohn in der Nähe der syrischen Grenze aufgreifen konnte.

„Der Islam besitzt keine Nähe zum Radikalismus. Gewalt verstößt gegen islamische Grundsätze“

Zaman, 03.12.2013, Titelseite

Der Pressesprecher der DITIB, Dr. Bekir Alboğa, erklärte im Gespräch mit der Zaman, dass der Islam fern von jeder Form des Radikalismus ist und eine gemäßigte Religion ist: „Unabhängig davon, welches Ziel mit Gewalt verfolgt wird – sie verstößt gegen die Prinzipien im Islam.“

Der stellvertretende Vorsitzende der IGMG, Mustafa Yeneroğlu erklärt, dass sich die Jugendlichen radikalen Gruppierungen anschließen, indem sie sich auf den „mittleren Weg“ des Propheten Muhammad beziehen, was wiederum zu großen Problemen führt.

Die Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Nurhan Soykarı, weist vor allem auf die große Aufgabe hin, die den einzelnen Familien zufällt: „Die Jugendlichen werden einer Gehirnwäsche unterzogen. Die Familien müssen deshalb ein besonders wachsames Auge auf die Internet-Nutzung und auf den Freundeskreis haben.“

ISLAMISCHE THEOLOGIE IN DEUTSCHLAND

Bundespräsident Gauck besucht das Zentrum für Islamische Theologie in Münster

Zaman, 29.11.2013, S. 4

Bundespräsident Joachim Gauck besuchte das Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Münster. Während seines Besuchs äußerte sich Gauck zu den Eröffnungen von Fakultäten für Islamische Theologie an deutschen Universitäten: „Das ist ein wichtiger Schritt in der jüngsten Geschichte Deutschlands.“

Gauck betonte auch, dass in Deutschland vier Millionen Muslime leben: „Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat“, so Gauck.

Der Leiter des Zentrums für Islamische Theologie, Mouhanad Khorchide, zog aufgrund seiner umstrittenen Thesen, die zu Kritik unter den Muslimen führt, wiederholt Aufmerksamkeit auf sich. Der Bundespräsident erklärte dazu:

„Die Debatten sind normal und ein Grundbedürfnis einer freiheitlichen Gesellschaft.“ Gauck erklärte weiter, dass sich mit der steigenden Zahl der Muslime in Deutschland sowohl die Gesellschaft als auch der Islam verändert:

„Das kann natürlich für beide Seiten zuweilen schwer zu verdauen sein. Das liegt in der Natur der Sache.“

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, erklärt auf der Webseite islam.de hingegen, dass Khorchide nicht auf einer religiösen Grundlage argumentieren würde, sondern sich wie ein Orientalist verhalte. Mazyek erklärt überdies, dass das gegen die Verfassung verstößt und zum Vertrauensverlust unter den Muslimen führt. Überdies gefährde es die Etablierung der islamischen Theologie in Deutschland.

Unterdessen wurde bekannt, dass der Beirat für den Bereich der Islamischen Theologie in Münster die in Berlin als Lehrbeauftragte tätige Rukiye Reçber als Kandidatin vorgeschlagen hat und dafür vom Bundesinnenministerium grünes Licht erhalten hat.

(siehe dazu auch: <http://www.uni-muenster.de/Rektorat/exec/upm.php?rubrik=Alle&neu=0&monat=201311&nummer=17194>, Anm. M. K.)

FRANKREICH: KOPFTUCHVERBOT

Kopftuchverbot in Privatkrippen in Frankreich

Hürriyet, 30.11.2013, S. 9

Nachdem in Frankreich bereits an staatlichen Schulen das Kopftuchverbot gilt, soll das Verbot nun auch für Privatschulen gelten.

Die Klägerin Fatima Afif (44) entschied sich im Jahr 2008 für das Tragen eines Kopftuchs. Sie war in einer Kindertagesstätte tätig, dessen Träger privat ist. Ihr wurde gekündigt. Sie verlor das anschließende Verfahren mit der Begründung, dass ihre Entscheidung nicht mit dem Laizismus vereinbar ist. Die aus Pakistan stammende Afif richtete sich zunächst an die französische Antidiskriminierungsbehörde HALDE (*Haute autorité de lutte contre les discriminations, Anm. M. K.*) und an Prud'hommes (*erstinstanzliches Gericht der Arbeitsgerichtsbarkeit in Frankreich, Anm. M. K.*).

Die Antidiskriminierungsbehörde kam zu dem Schluss, dass ihr Kopftuch mit dem laizistischen Grundsatz und mit dem Verbot von religiösen Symbolen in öffentlichen Einrichtungen nicht vereinbar ist und bekräftigte den Beschluss der Leitung der Tagesstätte.

Nachdem Afif durch beide Instanzen verloren hatte, klagte sie auf 80 000 Euro Entschädigung. Afif ging in vor dem Obersten Gerichtshof in Berufung. Das Revisionsgericht in Paris gab sowohl dem Gericht als auch der Leitung der Kindertagesstätte Recht und bestärkte dadurch das Kopftuchverbot.

Afifs Anwalt erklärte dazu: „Wir sehen, dass die inländischen Rechtswege voll ausgeschöpft worden sind.“ Afif erklärte dem Nouvel Observateur gegenüber: „Ich werde bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gehen. Ich bin niemandes Bannerträger. Ich möchte nur Gerechtigkeit.“

(siehe *dazu auch:*
<http://tempsreel.nouvelobs.com/societe/20131127.OBS7023/baby-loup-decision-attendue-sur-le-licenciement-de-la-nounou-voilee.html>, Anm. M. K.)

BELGIEN: RASSISMUS - ISLAMFEINDLICHKEIT

Kritik wegen rassistischen Angriffen auf Moscheen in Belgien

Sabah, 26.11.2013, S. 16

In Genk im belgischen Teil von Flamen sind in den Stadtteilen Slederlo die Yunus Emre Moschee, in Kolderbos die Yıldırım Beyazıt Moschee und in Winterslag die Fatih Moschee rassistisch motiviert beschmiert worden. Die Wände der Moscheen wurden mit Schweinsköpfen und mit Hakenkreuzen beschmiert. Zusätzlich wurden die Muslime mit entsprechenden Schmierprüchen beleidigt. Die Täter sind gefasst, was zur Erleichterung in den jeweiligen Gemeinden geführt hat. Professor Halife Keskin, Zuständiger für den Bereich der Religionsdienste im Ausland (DITIB) und Mitglied des Botschaftsrats in Belgien, Halife Keskin verurteilte in einer Erklärung die Angriffe auf die Moscheen.

Alle drei Moscheen sind DITIB-Moscheen. In den einzelnen Gemeinden ist der Anteil der türkischstämmigen Einwohner sehr hoch.

AUTORIN NEWSLETTER: DR. MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.